

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsinhaber hat in allen Hinsichten die Haftung

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnements für den Monat (incl. Post 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Reichsstraße und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfach Dresden 21, 13333, Emil Schlegel-Schillingstr., Dresden-21, Albertstr. 2 / Fernspr.: 1. Am Dresden Nr. 17 259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“, Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 6-8 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang **Donnerstag, den 16. Dezember 1926** Nummer 281

Nieder mit dem Bürgerblock!

Der mit dem gemeinsamen Kampf für das rote Arbeiterfach!

Erzwingt die Landtagsauflösung!

Von Paul Böttcher

Die herrschende Klasse Deutschlands ist im Begriff, sich einen anderen Schieferer zur Sicherung ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung zu legen: die Bürgerblock-Regierung in Sachsen. Sachsen mit seiner dicht zusammengedrängten industriellen Bevölkerung war von jeher ein Land der Feindschaft der deutschen Bourgeoisie. Mit allen Mitteln ist die Konterrevolution über die sächsische Arbeiterklasse hergefallen, um sie vernichtend zu schlagen. Die Cliquen der deutschen Revolution, die Kooke, Wälder, Müller, Seiffert sind mit Kriegen und Kanonen über Sachsen hergezogen und haben Blut über die sächsische Erde angerichtet. Die Industriellen haben versucht, die Arbeiter auszunutzen. Die sächsische Textilindustrie plant einen in der sächsischen Geschichte fast beispiellosen Ausbeutungszug gegen nahezu 1/2 Millionen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen. Es hat alles nichts genützt. Das sächsische Proletariat ist trotz aller Niederlagen immer wieder aufgestanden und hat mit Wäldern und Kooke keine Positionen verteidigt. Ebenso wie es aber auch die Bourgeoisie in ihren Angriffen gegen die sächsische Bevölkerung. Nach der Reichswehr-Gründung versucht die herrschende Klasse es nunmehr mit dem Bürgerblock.

Die Bürgerblockfront in Sachsen spiegelt in vollem Umfange die Lage im Reich wider. Im Reichstag geht der Kampf um die Teilnahme entweder der Deutschnationalen an der Reichsregierung oder um die Herbeiführung der Großen Koalition. Eine Große Koalition in Deutschland ist jedoch in der gegenwärtigen Situation nichts anderes, als eine Koalition zur Aufnahmestellung der Deutschnationalen. Die innere Politik der deutschen Bourgeoisie ist aufs engste verbunden mit ihrer imperialistischen Außenpolitik. Der Reaktions-Kaisertum will mit seinen Geheesvorlagen der inneren Politik für die äußere Ebene den Stempel aufdrücken.

Zur Durchführung der kapitalistischen Nationalisierungspläne, zum Raub des Reichstages, braucht die Reichsregierung die Landesregierungen als Hilfsorgane.

Die sächsische Selbst-Regierung hat ihre Funktion als Bundesrat der reaktionären Reichsregierung so gut durchgeführt, daß sich die Deutschnationalen in Sachsen bereit sind, den bisherigen Ministerpräsidenten wieder zu wählen.

Wie ist es möglich, daß in Sachsen die Pläne der Reaktion im Reich eines Bürgerblocks konkrete Gestalt annehmen konnten? Jeder Arbeiter fühlt doch, daß die parlamentarische Konstellation im sächsischen Landtag kein Ausdruck des tatsächlichen Willens der sächsischen Arbeiterklasse ist. Die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterklasse ist viel größer als sie im sächsischen Landtag zum Ausdruck kommt. Wenn die Entwicklung in Sachsen zu einer Lage wie der gegenwärtigen führen konnte, die ist nicht die Hauptursache daran die Sozialdemokratie. Die SPD hat durch ihre Koalitionspolitik die Arbeiterklasse in Sachsen geschwächt und gespalten. Daran ändert sich nichts die Tatsache, daß die sächsische sozialdemokratische Führer eine Koalitionspolitik gegen die Koalitionspolitik des Parteivorstandes geführt haben. Entscheidend ist, daß die Koalitionspolitik des Parteivorstandes ihre verhängnisvollen Auswirkungen auf die sächsische Arbeiterklasse in vollem Umfange ausübt. Die sächsische sozialdemokratische Führer haben vielmehr mit ihrer Koalitionspolitik gegen die Koalitionspolitik die Massen unter dem Vorwand der SPD gehalten und damit die Autokratie des Parteivorstandes gestärkt. In keinem Fall hat die SPD in Sachsen die außerparlamentarischen Konsequenzen im Kampf gegen die Koalitionspolitik gezogen.

Vor einem Jahre, im November 1925, sind die Kommunisten in die SPD herangezogen und haben diese zur Durchführung einer parlamentarischen außerparlamentarischen Kampagne gegen den Reich-Bürgerblock und für die Auflösung des Landtages aufgerufen.

Die SPD ist damals ausgewichen. Als dann die Auflösung des Landtages wiederum abgelehnt wurde, haben die Kommunisten die Herbeiführung eines Volksentscheides zur Landtagsauflösung vorgeschlagen. Auch diesen Vorschlag haben die sozialdemokratischen Führer abgelehnt. Infolgedessen war es möglich, daß die 23 Reingegarten Zeit gewonnen, mit Hilfe der Kooke der Industriellen eine eigene Partei zu gründen und eine Zeitung ins Leben zu rufen. Die Gründung der KPD war vielmehr die Voraussetzung für die Wahl der 4 Sozial-Demokraten in den gegenwärtigen Landtag. Die Sozial-Demokraten wählen nicht wieder in den Landtag einbezogen, wenn die SPD im Reichstag 1926 die Landtagsauflösung durch Volksentscheid gegenwärtig mit den Kommunisten erzwingen sollte.

Es ist weiter eine jedem Arbeiter bekannte Tatsache, daß die KPD im Reichstag in den Gewerkschaften in führenden Positionen vertreten sein kann mit Hilfe der SPD. Die kapitalistischen Herrscher in Sachsen würden die KPD noch den Ergriffenen wählen, wenn sie nicht längere Zeit mit Justizstrafen bedacht haben.

Gemeinsame Kampffront!

Vorschläge der KPD Sachsen an die SPD für den Kampf gegen den Bürgerblock und für die Landtagsauflösung

Dresden, den 16. Dezember

Der Landesvorstand der KPD hat dem Landesarbeitsauschuß der SPD im nachstehenden Brief Vorschläge zum gemeinsamen Kampf für die Auflösung des Landtages, der in seiner Zusammenlegung nicht dem Willen der Arbeiter entspricht, unterbreitet und fordert die Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes gegen den Bürgerblock und seine sozialfaschistischen Stützen. Der Brief lautet:

Dresden, den 15. Dez. 1926.

an den Landesarbeitsauschuß der SPD

Werte Genossen!

Das parlamentarische Spiel der kapitalistischen Parteien im sächsischen Landtag bei der Wahl des Ministerpräsidenten muß von der Arbeiterklasse juristisch gemacht werden. Seit dem Landtagswahltag am 21. Oktober hat eine weitere Entfaltung der Arbeitermassen eingeleitet. Schon der Ausgang der Gemeinderatswahlen am 14. November hat gezeigt, daß der gegenwärtige Landtag in seiner Zusammenlegung nicht dem Willen der sächsischen Arbeiterklasse entspricht.

Der impotente Verlauf der Kongresse der Reichstagesgenossen ist ein neuer wichtiger Beweis für die schnellwachsende Entfaltung und den Kampfwillen der ausgebeuteten Arbeiterklasse sowie aller wertvollen Bevölkerungskräfte gegen die Diktatur Hindenburg-Warz und gegen die kapitalistische Nationalisierungspolitik. Die Voraussetzungen für einen ersten energischen außerparlamentarischen Kampf gegen die Bourgeoisie und den reaktionären Landtag sind also günstig.

Die Arbeiterklasse Sachsens hat die juristischen Folgen der Koalitionspolitik jahrelang am eigenen Leibe erfahren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wenden sich deshalb energisch gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie.

Vorläufig hat die Führung der SPD in Sachsen in ihrer Mehrheit die Bildung einer Koalitionsregierung in Sachsen abgelehnt. Angesichts der erhöhten Möglichkeit eines Zusammenstoßes des sozialfaschistisch-deutschnationalen Bürgerblocks wäre aber eine alleinige parlamentarische Demonstration gegen die Herrschaft der Reaktion und die Koalitionspolitik verhängnisvoller denn je. Es gilt:

alle Kräfte des Proletariats zusammenschließen und in Bewegung zu setzen für die Lebensforderungen der Arbeiterklasse gegen die Bildung einer Bürgerblock-Regierung und für die Auflösung des Landtages.

Die reaktionäre Politik der Warz-Hindenburg-Regierung fordert den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse heraus. Eine sächsische Bürgerblock-Regierung ist, wie die Erfahrungen mit der Halb-Regierung bewiesen haben, die engste Verbündete des Reichsbürgerblocks oder einer Großen Koalition bei der Durchführung aller denkbaren Schandgesetze zur Anbahnung der Unterdrückung der ausgebeuteten, zum Beispiel Arbeitseinteilung, Schmutz- und Schandgesetz, Vereins- und Versammlungsgebot, Reichshausgesetz, Einverhörs- und Ministergeheißung.

wenn sie nicht wüßten, daß die KPD in den Gewerkschaften entscheidenden Einfluß hat. Es kommt der Bourgeoisie darauf an, die Reduzierung der Gewerkschaften mit Hilfe der KPD zu verhindern. Die SPD leistet dabei in Sachsen die treuesten Helferdienste.

Es kommt noch eine wichtige Tatsache hinzu. Auch den politisch weniger geschulten Arbeitern wird mehr und mehr bewußt, daß die SPD mit der Föhrung der sozialdemokratischen Arbeiterregierung und dem Arbeitsprogramm derselben nur ein parlamentarisches Mandat durchführt. Außerparlamentarisch verhalten nämlich die sozialdemokratischen Führer jede Bewegung zur Zusammenfassung und zum einheitlichen geschlossenen Vorgehen der Arbeiterklasse zu verhindern. Die sozialdemokratischen Führer verhalten sich völlig passiv. Sie tun nicht einmal das mindeste, um ihren eigenen Forderungen in den Reihen der Arbeiterklasse Nachdruck zu verleihen.

Die SPD-Führer haben sich auf parlamentarische Demonstrationen im Landtag beschränkt. Die Bourgeoisie hat in diesen Zeit gehabt, ihre inneren Gegensätze bis zu einem gewissen Grad auszugleichen und eine Bürgerblock-Regierung vorzubereiten.

Die herrschende Klasse wird ihre Macht in der Bürgerblock-Regierung gegenüber der Arbeiterklasse noch viel kräftiger ausüben, wie bisher. Die Einigung der bürgerlichen Parteien um die Arbeiterklasse das Signal zur schließlichen Herbeiführung der proletarischen Einheitsfront sein. Der Bürgerblock kann nicht durch parlamentarische Winkelzüge und Diplomatie verhindert werden. Er kann nur verhindert werden durch den geschlossenen außerparlamentarischen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiter muß konzentriert werden gegen die Diktatur Hindenburg-Warz, gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen den sächsischen Bürgerblock, für die Auflösung des Landtages und für ein rotes Arbeiterfach!

Die Kommunistische Partei hat sich deshalb wiederum an die SPD gewandt und ihr den Ernst der Lage dargelegt. Die Kommunisten fordern die Sozialdemokraten auf zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Bürgerblock und für die Landtagsauflösung. Wenn die sozialdemokratischen Führer nicht bereit sind, die einzig möglichen Konsequenzen aus der heutigen Lage zu ziehen, so sind wir doch überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter unter Vorgehen verstanden und begriffen werden. Es ist jetzt eine Situation in Sachsen, in der die Arbeiterklasse die Einigkeit so bitter notwendig braucht, wie das bürgerliche Volk. Kommt aber ein einheitliches Handeln zustande, dann wird der Bürgerblock weggelassen werden wie Spreu vor dem Wind. Gegen den gemeinsamen Kampf der organisierten Arbeiterklasse sowie aller ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsschichten vermag sich der reaktionäre Landtag keine Stunde länger zu halten. Deshalb ist das oberste Gebot der Stunde:

Proletarische Einheitsfront im Kampf gegen den Bürgerblock und für die Landtagsauflösung!